



Protokoll

AG Solidarität

Treffen am 6.3.2013, 19:00 bis 22:00 Uhr; Katzlerstraße 13, Gemeinschaftsraum

Anwesend waren: 12 Mitglieder

Die Sitzung leitete G. J.

G.J. stellte kurz die Ergebnisse der Unter-AG zur Gestaltung des Solidarfonds vor (siehe Protokoll vom 4.2.2013).

Wesentliche Diskussionspunkte:

Verpflichtender oder freiwilliger Beitrag?

- Diskussion in der Unter-AG ergab, dass mit rein freiwilligem Beitrag zu wenig Geld zusammenkommen dürfte, auch 5,00 € pro Haushalt / Monat ergeben nur 70.000 € in 2 Jahren;
- „Zwangsverpflichtung“ zu 5,00 € Mieterhöhung für alle ist problematisch;
- Beschluss der Mitgliederversammlung ist freiwillig und damit auch der erhöhte Beitrag, weil alle Genossen abstimmen/ entscheiden können (Basisdemokratie);
- Einwand: kein Konsensprinzip bei der Mitgliederversammlung, sondern eine Mehrheitsabstimmung der Anwesenden; dadurch kann es immer noch dazu kommen, dass Mitglieder gegen ihren Willen zu dieser Abgabe verpflichtet werden;
- Vorschlag: statt festem Betrag von 5,00 € Richtwert von 0-10 € festlegen und Freiwilligkeit gewährleisten;
- Das Ziel (i.S.v. Zweck) müsste bestimmt sein bevor „was ist die Solidarität?“ beantwortet werden kann; d.h. Festlegung für wen soll das Geld sein?
- Bei zu niedrigen Einzelbeträgen und zu geringem Aufkommen an Solidargeldern lohnt der Verwaltungsaufwand nicht mehr.

Zweckbindung

- Ohne konkretes Projekt (Neubau) keine Zustimmung zu einer Zahlung, weil der Rahmen bzw. die Zweckbindung noch unklar sind;
- Zweifel an Zweckbindung alleine an Neubau; warum Quersubventionieren für Menschen, die sich Neubaumieten ggf. leisten können? Bereitschaft, bspw. Familien zu unterstützen, die wenig Geld haben, wäre aber da;

- Solidarität in der Genossenschaft heißt preiswerten Wohnraum zu schaffen für alle Mitglieder; bei den Bewohnern der übrigen Bestände wurde auch nicht nach dem Einkommen gefragt; wir profitieren pauschal von Fördergeldern durch günstige Mieten, knüpfen aber Bedingungen, die wir selbst nicht erfüllen müssen, daran, andere teilhaben lassen;
- Wenn wir nicht im Voraus Gelder sammeln, dann ist es bei einem konkreten Neubauprojekt zu spät (Kauf muss kurzfristig möglich sein!);
- Solidarität vorstellbar i.S.v. Subventionierung von Wohnungen in Neu- und Altbau für Menschen, die wenig Geld haben (Bsp. 1/3 der Wohnungen im Neubau sollen für Menschen mit geringem Verdienst gebaut werden); reduzierte Miete könnte an Anspruch auf WBS gekoppelt werden;
- Solidarität gibt es bereits durch Ratenzahlung der Anteile, durch Zinsverzicht bei Ratenzahlung, Absenkung der Miete in Einzelfällen (wie in Hobrechtsfelde).

Beschlussvorlage zur nächsten Sitzung?

- Nein, die AG ist noch nicht weit genug, um einen gut durchdachten Beschluss vorzulegen. Beginn einer Diskussion, um das Thema „Solidarität in der Genossenschaft“ – mit wem bin ich eigentlich solidarisch? - müsste gut ausgelotet werden;
- Ja, es muss noch nicht alles zu Ende diskutiert sein, ein mutiger Beschlussvorschlag regt Teilnahme und Diskussion auf der Mitgliederversammlung an;
- Die Basis ist zu schmal (12 Menschen in der AG heute) um eine Entscheidung zu forcieren. Risiko eines „Neins“ der MV besteht. Wünschenswert wäre eine breitere Diskussion in der Bremer Höhe;

Ergebnis:

Eine Übereinkunft zu den drei Punkten, der alle Anwesenden zustimmen konnten, wurde nicht getroffen. Es zeichnete sich ab, dass die Mehrheit zu einer als Richtwert beschlossenen, an (über die WBS-Berechtigung nachweisbare) niedrige Einkommen gebundenen Abgabe im Bereich zwischen 0 und 10 EUR / Haushalt neigt. Zweck und Freiwilligkeit der Abgabe sollten durch ein Begleitschreiben (z.B. Festlegung im Ermessen des Haushaltes, sowohl Mehrzahlung als auch abgesenkter Beitrag möglich; Idee: Härtefallregelung ohne Nachweispflicht) erläutert werden. Strittig blieb, ob dies über die Form einer Mieterhöhung erfolgen sollte.

Eine Abfrage des Stimmungsbildes ergab, dass die Mehrheit der Anwesenden prinzipiell für die Erarbeitung einer Beschlussvorlage für die Mitgliederversammlung war. Allerdings soll diese erst zur übernächsten Versammlung im Herbst vorgelegt werden. Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 18.6.2013, ist ein Bericht der AG einschl. Unter-AGs vorgesehen, in dem die Ergebnisse und Diskussionen vorgestellt und die Diskussion mit allen Mitgliedern auf der MV eröffnet wird.

Den Bericht sollen TeilnehmerInnen der AG übernehmen, die nicht den Gremien der Genossenschaft angehören. S. R. erklärt sich bereit, an der Redaktionsgruppe teilzunehmen und die Ergebnisse vorzustellen. S. T. und T. K. stellen gemeinsam mit Stefan die kontroverse Diskussion zusammen, Sabine nimmt an dem Vorbereitungstreffen teil, wenn sie Zeit hat.

Die AG wird erst danach wieder zusammenkommen und auf Grundlage des Meinungsbildes der MV über das weitere Vorgehen beim Ausformulieren der Beschlussvorlage entschieden.

Für das nächste Mitteilungsblatt wird S. R. einen Kurzbericht zu Arbeit und Diskussionsstand der AG erstellen.

B. D. & G.J., 10.3.2013